

GESETZ DER ANGST

Bestrafung und Abschreckung sind die Grundprinzipien der Hartz-IV-Gesetze. Proteste und Widerstand müssen sich gegen Leistungsprinzip und Lohnabhängigkeit richten. Von **Mag Wompel**

Das „deutsche Jobwunder“ beherrscht momentan die Presse – quasi als Gegenpol zu Griechenland und damit auch ausdrücklich als Vorbild für ganz Europa. Die Rekorde überschlagen sich: Wirtschaftswachstum, Exportüberschüsse und die höchste Beschäftigtenzahl der Geschichte (und damit die niedrigste Arbeitslosenquote) – Deutschland (sprich die deutsche Wirtschaft) ist der Gewinner der Krise. Gerade zum zehnjährigen Jubiläum der Hartz-Gesetze werden diese Rekorde nun der Wirkung dieser umfassenden Reformen zugeschrieben, es herrscht sogar ein gewisser Wettbewerb um ihre Urheberschaft und die deutsche Regierung verschreibt dieses vermeintliche Erfolgsrezept den europäischen Krisenländern.

Lohndumping und Wettbewerb. Die Schattenseite des „deutschen Wunders“ wurde – zusammen mit den staatlichen Sparzwängen der Austeritätspolitik – längst exportiert: Nur in den Krisenländern Griechenland, Italien und Portugal sowie Bulgarien gibt es nach aktuellen Statistiken mehr arme Menschen als im „Motor Europas“ bzw. im viertreichsten Land der Welt. In Zahlen: Diese Armut betrifft 12,5 Millionen Menschen bzw. 15,5 Prozent der deutschen Bevölkerung!

Dies liegt – neben der Steuerpolitik des Umverteilens von unten nach oben – an eben diesen Hartz-Gesetzen, die die explodierend wachsende Ungleichheit durch eine weiterhin zunehmende Spaltung der Lohnabhängigen Menschen ergänzt hat: Auf der einen Seite sind da die oberen zehn Prozent der EinkommensbezieherInnen bis hin zu den Stammbesitzern der Konzerne der Exportwirtschaft, die selbst in der Krise seit 2008 profitiert haben. Auf der anderen finden sich die

befristet, prekär und zum Niedriglohn Beschäftigten und Erwerbslosen, die am stärksten unter den Auswirkungen der Krise gelitten haben. 43,3 Prozent aller Jobs in der BRD sind keine „Normalarbeitsverhältnisse“, ca. 25 Prozent davon liegen im Niedriglohnbereich. Es sind Minijobs, Teilzeitstellen oder Leiharbeitsstellen. Die unheilvolle Kette Exportüberschüsse – Handelsungleichgewichte – Eurokrise basiert auf diesem deutschen Lohndumping. Gleichzeitig sollen EU-MigrantInnen von Hartz IV ausgeschlossen werden, das damit zum perversen Privileg mutiert ...

Die Zunahme von Teilzeitarbeit, Minijobs, Leiharbeit, Werk- und Honorar- sowie befristeten Verträgen wurde durch die verschärften Zumutbarkeitsregeln der Hartz-Gesetze forciert. Als Begründung für diesen riesigen Niedriglohnbereich galt schon lange vor der aktuellen Krise die – alternativlose! – Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für die Schaffung oder zumindest den Erhalt von Arbeitsplätzen. So kam es, dass nun nach über zehn Jahren dieser Politik trotz mehr Erwerbspersonen und weniger Arbeitslosen in der Summe nicht mehr verdient wird: Über 2 Millionen verdienen weniger als sechs Euro die Stunde, 7 Millionen sind prekär „beschäftigt“, ca. 1,5 Millionen gelten als „Hartz-IV-AufstockerInnen“. Von der Altersarmut ganz zu schweigen. Bei den Teilzeit- und Minijobs (ca. 7,5 Millionen) sind es vor allem Frauen, darunter insbesondere ca. 1,5 Millionen Alleinerziehende ohne Kinderbetreuung. Wer hieraus ausbrechen will und z. B. eine Ausbildung beginnt, wird mit der Streichung von Hartz IV bestraft.

Organisierter Widerstand. Bestrafung und Abschreckung sind die Grundprinzipien des „Gesetzes der Angst“, das nicht nur auf die Betroffenen, sondern auch vorbeugend wirkt. Selbst die an der Hartz-IV-Kommission beteiligte Gewerkschaft IG Metall gibt mittlerweile zu, das Gesetz habe jenen Belegschaften

Heute wird trotz mehr Erwerbspersonen und weniger Arbeitslosen in der Summe nicht mehr verdient als vor zehn Jahren.

den „das Genick gebrochen“, die zu allen Zugeständnissen für den Arbeitsplatz-erhalt bereit sind und sich oft – trotz Erfahrung mit Erwerbslosigkeit in fast allen Familien – mit Verachtung von den vermeintlichen VerliererInnen abzugrenzen versuchen. Die Erwerbslosen selbst hingegen sind oft gelähmt. Die Aufrechterhaltung des Alltags in Armut kostet Kräfte, die durch die Kontrollmechanismen, sinnlose Eingliederungsmaßnahmen und demütigende Bewerbungspflichten der Jobcenter längst absorbiert sind. Der Kampf für den Arbeitsplatz mutiert zu Schlachten (auch gegen die eigenen „Vermittlungshemmnisse“) – egal ob dieser ernähren kann.

Wer sich dennoch – und immer noch – wehrt oder empört, tut es in der Regel, wenn die eigene Würde oder das eigene Gerechtigkeitsempfinden verletzt wird und durch das Jobcenter selbst die Rechtsansprüche verwehrt werden. Das machen sich Aktionen wie „Zahltag“ zunutze, Menschen organi-

EHRGEIZIGE FITTE
48 JÄHRIGE FRAU
SUCHT ARBEIT

FLEISSIGE 45 JÄHRIGE FRAU
SUCHE ARBEIT
ALS REINIGUNGSKRAFT AUCH
GERINGFÜGIG

ICH BIN 34 JAHRE ALT
ICH BIN MOMENTAN IN UNGARN
KANN JEDERZEIT LOSFAHREN
ICH MACHE ALLE ARBEITEN
VON ZIMMERMÄDCHEN
KÜCHENHILFE KELLNERIN
WAS GEBRAUCHT WIRD
MACHE ICH

WARUM SIE SICH FÜR MICH
ENTSCHEIDEN SOLLTEN?
ICH BIN ARBEITSWILLIG
DYNAMISCH MOTIVIERT
STETS GUT GELAUNT
KANN SEHR GUT MIT GÄSTEN
UMGEHEN

sieren sich dabei für gemeinsame Ämtergänge. Es wird eine Begleitung zum Jobcenter oder Solidarisierungen gegen Zwangsräumungen sowie besonders unbeliebte SachbearbeiterInnen organisiert. In dieser Tradition wird z. B. am 16. April der (zweite) Aktionstag „Auf-Recht Bestehen“ begangen, er will die Missstände in den Jobcentern öffentlich machen, konkrete Verbesserungen für Leistungsberechtigte durchsetzen und drohende Verschlechterungen im Rahmen der sogenannten Rechtsvereinfachung im SGB II verhindern. Die geplante Reform birgt aber auch einen gewissen Zynismus, denn sie verdankt sich der Tatsache, dass fast die Hälfte der vielen Klagen vor dem Sozialgericht gewinnt. Nachdem weder Montags- und Großdemos noch die Aktion „Agenturschluss“ das Gesetz verhindern konnten, wurde ausgerechnet die Durchsetzung von Rechtsansprüchen des ungeliebten Gesetzes zur Hauptbeschäftigung von Erwerbslosengruppen – aber auch zum ständigen „Verbesserungsprozess“ des Gesetzes selbst.

Gelebte Solidarität. Natürlich gibt es weiterhin Proteste, doch sie haben sich verlagert zu Fragen sozialer Grundrechte, dem Recht auf Stadt und grundrechtlichen Demonstrationen und Aktionen. Alle Hartz-Gesetze mit

ihren Grausamkeiten werden tagtäglich meist reibungslos umgesetzt. Das liegt wahrscheinlich nicht am Fehlen einer weiteren Großdemonstration, sondern am zu schwachen Alltagswiderstand der Betroffenen (samt Unterstützung durch alle potenziell Mitbetroffenen). Hierfür sind gänzlich andere Ressourcen als für Großdemonstrationen notwendig, nämlich Zivilcourage und Mut zum persönlichen Risiko. Solidarisches Verhalten und der eigenverantwortliche Kampf um die eigenen Rechte müssen in der Praxis erprobt und gelernt werden, wenn man endlich einsieht, dass wir uns weder in der Politik noch am Arbeitsplatz auf StellvertreterInnen verlassen können. Die Überwindung der Spaltung zwischen den (noch?) beschäftigten und den (noch?) erwerbslosen Lohnabhängigen ist dabei die Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand gegen sozialpolitische Grausamkeiten. Sie kann jedoch nur als notwendige, aber keinesfalls als hinreichende Bedingung genannt werden. Der Erfolg der sozialen Widerstände steht und fällt nämlich mit ihren inhaltlichen Forderungen und die dürfen sich nicht auf den Kampf um den eigenen Arbeitsplatz beschränken, sondern müssen sich grundsätzlich gegen die Lohnabhängigkeit richten!

Wider die Alternativlosigkeit. Dafür reicht die Kopplung der Forderungen nach einer Regelsatzerhöhung (500 Euro) mit einer Mindestlohnforderung (10 Euro) und einer Arbeitszeitverkürzung (30 Stunden) nicht aus. Denn als die größte Klippe für wirksame einheitliche Proteste und den Widerstand gegen die Hartz-Gesetze hat sich die breite Akzeptanz des Leistungsprinzips und der Lohnabhängigkeit als einziger Quelle der Existenzsicherung erwiesen. Dies gilt für die Gewerkschaftsbürokratie gleichermaßen wie für die meisten der (noch) beschäftigten wie erwerbslosen Lohnabhängigen selbst.

Dies kann meines Erachtens nur in der Forderung des bedingungslosen Grundeinkommens und/oder des „guten Lebens“ münden. Denn wichtig ist alles, was die Ansprüche erhöht und zugleich die vermeintlich alternativlose Abhängigkeit von der Lohnarbeit und dem Lohn mildert: Jede soziale Infrastruktur (die den Geldbedarf mildert), jede Art der Konformitäts- und Wettbewerbsverweigerung (die den Kapitalismus in den Köpfen unterminiert) und jede Form kollektiver und solidarischer Selbstorganisation (die den Kapitalismus aus möglichst vielen Feldern der Daseinsvorsorge verdrängt) machen uns sowohl von der Lohnarbeit als auch der dazugehörigen Repression einen Schritt unabhängiger.

Das bedeutet aber, dass wir erste Schritte in diese Richtung nicht exportieren, sondern importieren müssen: etwa aus Spanien (Verweigerung der spanischen Arbeitsinspektoren), aus Frankreich (kostenloser Transport der Arbeitslosenproteste, sozial differenzierte Stromsperrern und Postvertrieb) oder Griechenland (Selbstverwaltung, Klinik der Solidarität). Und diese Widerstände unterstützen – als „Motor Europas“ mit unverschämten Ansprüchen. ●

Mag Wompel ist Industriesoziologin und verantwortliche Redakteurin des LabourNet Germany.